

## 15: 11 - Die Außenstelle Krainhagen bleibt

### Gestern Abend: Rat lehnt Schließungs-Antrag ab / Stadtdirektor beschwört SPD und Abweichler vergeblich

*Obernkirchen (rnk). Mit Mehrheit hat der Stadtrat gestern Abend den Antrag der Gesamtkonferenz der Grundschulen abgelehnt, im nächsten Jahr alle Schüler in Obernkirchen einzuschulen. Ein Votum, das im Umkehrschluss bedeutet, dass die Krainhäger Außenstelle der Schule erhalten bleibt.*



Auch künftig wird in Krainhagen unterrichtet. Vom Tisch, so betonte Beate Krantz von der "Mitte" gestern im Rat, sei das Thema damit aber nicht. Foto: tol

Vor allem Stadtdirektor Wilhelm Mevert hatte den Rat geradezu beschworen, dem Antrag der Konferenz zu folgen. In seiner nächsten Sitzung werde der Rat einen Haushalt verabschieden, der erneut einen Sollfehlbetrag in Höhe von annähernd 1,6 Mio. Euro ausweise. Angesichts dieser Tatsache sei es grundsätzlich erforderlich, das bestehende Haushaltskonsolidierungsprogramm parallel weiter fortzuschreiben und weitere Sparmaßnahmen zu beschließen, obwohl eigentlich keine weiteren Leistungen der Stadt mehr in Frage gestellt werden könnten. Mevert: "Umso notwendiger ist es dann aber, dass Möglichkeiten der Einsparung, die sich hier durch eine künftige zentrale Beschulung aller Grundschüler in Obernkirchen bieten, auch konsequent genutzt und umgesetzt werden." Auch beim Landkreis Schaumburg als Finanzaufsichtsbehörde reibe man sich angesichts der derzeitigen Beschlusslage verwundert die Augen. In verschiedenen Kreis-Gesprächen "herrschte völliges Unverständnis über die bisher ergangenen Beschlussempfehlungen". Schulausschuss und Ortsrat Krainhagen hatten die Schließung abgelehnt.

Er halte zudem, so Mevert weiter, "nach wie vor eine zentrale Beschulung aller Grundschüler in Obernkirchen auch pädagogisch für sinnvoll" - eine Entwicklung, die spätestens seit der Schließung der früheren Grundschulen in Gelldorf und Vehlen auch politisch verfolgt worden sei "und jetzt angesichts der rückläufigen Schülerzahlen abgeschlossen werden könnte". Dass die betroffenen Eltern "fleißig 930 Unterschriften" gesammelt hätten, "entbindet die politisch Verantwortlichen aber nicht von ihrer Verantwortung für das Wohl der Stadt."

Mevert abschließend: Der schlimmste Effekt einer Ratsentscheidung gegen die Empfehlung wäre, dass die Stadt bei weiteren Sparmaßnahmen eindeutig in die Defensive geraten würde: "Wer nimmt dem Rat dann noch die Notwendigkeiten des weiteren Sparens ab?"

Ines Wiese, die aus den Reihen der "Mitte" gemeinsam mit Karin Warnecke und Dr. Konrad Bögel sowie der SPD-Fraktion gegen den Antrag stimmte, forderte zuvor eine familien- und bedarfsgerechte Politik, deren Hauptaugenmerk die Entwicklung eines tragfähigen pädagogischen Konzeptes sei - mit dem Ziel, ein Ganztageskonzept mit Integration im Grundschulbereich anzubieten. Schon, um die bestehende Lücke zwischen Kindertagesstätte und Schulzentrum mit Sonderpädagogik zu schließen. Daher müsse die Außenstelle so lange belassen werden, bis aus einem Integrativen- und Ganztageskonzept der tatsächliche Raumbedarf an der Hauptstelle Kammweg bekannt sein, um dann die Außenstelle auf den Prüfstand zu stellen.

Beate Krantz, Sprecherin in der "Mitte", plädierte auch aus Gründen der Chancengleichheit dafür, das Krainhäger "Privileg" der Außenstelle zu streichen: Es sei ein Einstieg in eine Gesamtschule aller Grundschüler in der Kommune. Nur am Kammweg können die Entwicklung in Richtung Ganztagsangebot eingeleitet werden: "Schule, Eltern und Politik müssen die Ziele vorgeben, um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu schaffen."

Während Bögel es als "Unfug" betrachtete, die Schule "wegzureißen", stufte Thomas Mittmann (SPD) eine Schließung als "Anfang einer Demontage des Ortes" ein. SPD-Fraktionschef Wilhelm Mevert

strich die Standortnähe als Wohnqualität heraus und warf der Mitte vor, sie kriege "nichts gebacken".  
Dafür, so konterte dann Kranz, habe die SPD die "Stadt in die Pleite geführt."

Dann wurde abgestimmt: 15 Stimmen der SPD und der Abweichler gegen die Schließung, 11 dafür.  
Die Außenstelle bleibt. Erst einmal.

© Landes-Zeitung, 24.02.2005